

Taten statt Worte!

436 Millionen Franken: Das ist der Betrag, welcher der Kanton Zürich von 2010 bis 2016 als eigene Budgetentlastung auf Kosten der Angestellten eingespart hat. Er setzte sich insbesondere zusammen aus den jährlichen Rotationsgewinnen und der Auflösung der BVK-Rückstellungen.

Würde nun dieser Betrag für das kommende Budgetjahr 2018 in eine generelle Lohnerhöhung für das kantonale Personal bis und mit Lohnklasse 20 umgewandelt, käme dies einer 8%-igen Lohnerhöhung gleich! Es ist klar, eine solche Forderung hat bei der heutigen bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat keine Chance. Diese Zahl soll aber einmal klar und deutlich aufzeigen, wie viel die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Kantons Zürich zu den jeweiligen Sparrunden der letzten Jahre beigetragen haben.



Andi Daurü,
Präsident VPOD Zürich Kanton

Die Zeit für eine generelle Lohnrunde für die kantonalen Angestellten ist also längst überfällig. Wenn der Kanton Zürich ein attraktiver Arbeitgeber sein und seine engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behalten will, ist der Regierungsrat gefordert!

Mit den vorliegenden und hier vorgestellten Resultaten einer VPOD-Umfrage zur Lohnzufriedenheit beim kantonalen Personal (siehe Forderungen unten und Beitrag auf Seite 2) möchten wir nicht zuletzt auch dem Regierungsrat und dem Parlament aufzeigen, wie es um den Arbeitgeber Kanton Zürich steht und wie dieser von den Angestellten bewertet wird.

Das Verdikt fällt so klar wie unschön aus: Mehr als die Hälfte der UmfrageteilnehmerInnen (57%) sind unzufrieden oder gar sehr unzufrieden mit der Lohnentwicklung beim Kanton Zürich! Es würde also dem Kantons- und Regierungsrat nun gut anstehen, für das kommende Jahr 2018 sein Personal nicht erneut mit netten und dankenden Worten zu verträsten, sondern endlich Taten sehen zu lassen: Mehr Lohn und mehr Ferien sind gefordert und dafür werden wir uns von Seiten VPOD einsetzen!

Andi Daurü

Neue Vorlagen im Kantonsrat

KSW & ipw: nix AG

Nach dem wichtigen doppelten Nein an der Urne kommen die neuen Vorlagen in den Kantonsrat. Ein Sieg für den VPOD auf der ganzen Linie.

Wir erinnern uns mit Freude und nachhaltig: Am 21. Mai haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) bachab geschickt. Vor allem in der Grossregion Winterthur selber kam das Resultat mit über 70 Prozent Nein-Stimmen einer eigentlichen Ohrfeige für Regierungsrat Heiniger und die Spitaldirektoren von KSW und ipw gleich.

Regierungsrat Thomas Heiniger ist zugute zu halten, dass er seine Niederlage eingesehen und die Konsequenzen daraus gezogen hat. «Wir haben jenen Weg gewählt, der politisch machbar ist und mehrheitsfähig scheint», zitiert ihn der «Tages-Anzeiger». Eine Aktiengesellschaft ist also kein Thema mehr und weg vom Tisch. Um den betriebswirtschaftlichen Spielraum von KSW und ipw dennoch zu erhöhen, kommen nun zwei neue Vorlagen in den Kantonsrat. Die jetzt vorliegenden Gesetze sehen vor, dass die ipw in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit

eigener Betriebsrechnung umgewandelt wird und dass beide Institutionen die Immobilien zur eigenen Bewirtschaftung im Baurecht übertragen erhalten, wie dies beim Universitätsspital bereits der Fall ist.

KSW und ipw bleiben also kantonale Anstalten und werden nicht privatisiert. Die Bevölkerung hat somit weiterhin das letzte Wort, wenn es um die Zukunft der beiden Kliniken geht. Damit ist auch klar, dass die Anstellungsbedingungen des Personals von KSW und ipw weiterhin dem kantonalen Personalgesetz und seinem Schutz unterstehen. Seit langem setzt sich der VPOD dafür ein, dass die unzeitgemässen Nachteile des kantonalen Personalgesetzes endlich behoben werden: Die in der Privatwirtschaft längst übliche zusätzliche Ferienwoche und eine der allgemeinen Entwicklung angepasste Lohnentwicklung. Eine sozialpartnerschaftliche Vereinbarung darüber zwischen dem Spital und dem VPOD würde die politische Blockade überwinden. Statt die längst fällige Ferienwoche also immer nur beim Kanton zu beantragen, würden die Spitaldirektionen besser endlich Hand bieten zu einer konkreten Lösung mit dem VPOD.

Roland Brunner

Personalpolitik Stadt Zürich hinkt hinterher

Am Scheideweg

Die Stadt Zürich ist im Wettbewerb um die besten Fachkräfte ins Hintertreffen geraten. Viele Mitarbeitende in vielen Branchen wechseln, wenn sie können. Denn die lange Zeit gültige Formel, wonach die Stadt Zürich als überdurchschnittlich gute Arbeitgeberin wahrgenommen wurde, stimmt seit einiger Zeit nicht mehr.

Sei es bei der Lohnentwicklung, bei den Lohnnebenkosten, bei den Beträgen für die Pensionskasse, bei den Nachtzulagen, bei den fringe benefits – in manchen Branchen und Berufen schlicht beim Lohn generell. Die Stadt Zürich hinkt anderen öffentlichen und privaten Unternehmen hinterher. Insbesondere dort, wo der Fachkräftemangel akut ist – im Gesundheitswesen, im Nahverkehr oder im Handwerk –, spitzt sich die Lage zu. Und insbesondere dort, wo in Schichten gearbeitet wird. Aber auch bei der Ferienregelung

ist die Stadt Zürich mit ihren 4 Wochen im Vergleich mit der Konkurrenz ins Hintertreffen geraten – hinsichtlich der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie hat die Stadt einen schweren Stand, junge und leistungsorientierte Mitarbeitende anzuziehen oder zu halten. Die bisherigen Massnahmen – zum Beispiel die Schaffung des Projektes 66+ – die freiwillige Weiterführung der beruflichen Tätigkeit bis zum 70. Altersjahr – haben offensichtlich den Fachkräftemangel nicht entschärfen können. Im Gegenteil. Die Personalpolitik in der Stadt Zürich darf und muss wieder etwas kosten. Die Schaffung von Teilzeitstellen, partizipative Mitwirkung, ein Führungsverhalten, das Mitarbeitende entwickelt und fördert sowie angemessene und faire Löhne und Arbeitsbedingungen sind Investitionen für den Erhalt und den Ausbau des Service public, wie ihn die Bevölkerung der Stadt Zürich will.

Gefordert sind aber nicht nur der Gemeinde- und der Stadtrat in ihrer Rolle als Legislative und Exekutive. In erster Linie stehen die Direktionen und das Personalmanagement der Dienstabteilungen in der Verantwortung, aufgrund der Mitarbeitendenbefragung 2017 zusätzliche Massnahmen in ihren Betrieben zur Verbesserung der Mitarbeitendenzufriedenheit zu definieren. Unter Einbezug und Mitwirkung der Mitarbeitenden und der anerkannten Personalverbände. Dafür haben sie gemäss Stadtrat noch bis Ende Jahr Zeit. Die im VPOD organisierten Mitarbeitenden haben bereits in einigen Betrieben bereits Vorschläge und Anträge zur Verbesserung des Fachkräftemangels und der Mitarbeitendenzufriedenheit eingereicht.

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD Zürich

VPOD-Lohnumfrage 2017

Forderungen

Gestützt auf die Lohnuntersuchung und die Lohnumfrage 2017 fordert der VPOD den Regierungsrat auf

- in den nächsten drei Jahren die ausgewiesene Lücke zu schliessen, die sich in der Lohnentwicklung während der letzten Jahre gegenüber den von ihm selbst festgelegten Vergleichsgrössen ergeben hat. Als erste Massnahme fordern wir per 1. Januar 2018
 - eine generelle Lohnerhöhung von 2% für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen bis Fr. 100 000 pro Jahr
 - eine generelle Lohnerhöhung von 1% für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen über Fr. 100 000 pro Jahr

- bei allfälligen individuellen Lohnerhöhungen die tieferen Einkommen besonders zu berücksichtigen
- die trotz höheren Lohnabzügen für die Pensionskasse BVK gesunkenen Rentenansprüche zu kompensieren und die in den letzten Jahren aufgelösten BVK-Rückstellungen von 303 Millionen Franken für einen Ausgleich der Minderverzinsung der Sparkapitalien zu verwenden
- allen dem kantonalen Personalrecht unterstellten Beschäftigten per 2018 zusätzliche Ferientage zu gewähren, um damit den Standard in der Privatwirtschaft zu erreichen (mindestens fünf Wochen Ferien)

VPOD-PAROLENSPIEGEL 26. November 2017

Bund und Kanton Zürich

Am 26. November 2017 kommen keine nationalen und keine kantonalen Vorlagen zur Abstimmung

Kommunale Vorlagen

Stadt Zürich

1. Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Bau von Anlagen des Geschäftsfelds Energielösungen **JA**
2. Alterszentrum Mathysweg, Quartier Albisrieden, Ersatzneubau, Objektkredit von 63,25 Millionen Franken **JA**
3. Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Ersatzneubau eines Sekundarschulhauses mit Dreifachsporthalle sowie Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objektkredit von 33,8 Millionen Franken **JA**

Bei Redaktionsschluss der VPOD-Informationen liegen keine weiteren Abstimmungsvorlagen vor. Der aktuelle Parolenspiegel ist zu finden unter zuerich.vpod.ch

Agenda

Dienstag, 7. November, 19.30 Uhr
Veranstaltung: Vollgeld-Initiative aus linker Sicht
Kontrastdiskussion Podiumsdiskussion der Pensionierten-Gruppe VPOD
Lehrberufe
Volkshaus Zürich

Donnerstag, 9. November, 9.30–17.00 Uhr
Pensionskasse – wie funktioniert das?
VPOD-Weiterbildung

Donnerstag, 9. November, ab 17 Uhr
Neumitglieder-Apéro
VPOD Zürich, Konferenzraum,
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Samstag, 11. November
Verbandskommission Bildung,
Erziehung, Wissenschaft
Bern

Freitag, 17., und Samstag, 18. November, 19.30 Uhr
«die vogelfreien» IN CONCERT
Johanneskirche, Limmatstrasse 114,
Zürich
Siehe Rückseite

Dienstag, 21. November
Delegiertenversammlung VPOD Zürich,
Sektion Stadt und Institutionen
Zürich

Freitag, 24. November, ab 21 Uhr
Trotzphase. Fabe-Infos, Konzert
und Party im Profitreff
www.trotzphase.ch

Samstag/Sonntag, 25./26. November
Abstimmungswochenende. Jede
Stimme zählt!

Dienstag, 28. November
Delegiertenversammlung VPOD

Region Zürich
VPOD Zürich, Konferenzraum,
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Details zu allen Veranstaltungen
sowie weitere Kurse und Tagungen
unter zuerich.vpod.ch/kalender/
Weiterbildungskurse des gewerk-
schaftlichen Bildungsinstituts
Movendo unter
<http://www.movendo.ch>

Winterthur spart

Noch immer wird in Winterthur gesparrt, z. B. soll per 1. Januar 2019 ein neues Personalrecht gelten, mit dem jährlich 1,5 Millionen Franken eingespart würden – auf Kosten des Personals. Seit mehr als vier Jahren haben die städtischen Angestellten in Winterthur unter dem Sparakt zu leiden. Offenbar kümmert dies den Stadtrat wenig. Lieber verkündet er zum Wahlkampfauftakt eine Steuersenkung für 2019. Nein, wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Steuersenkung. Wir begrüssen es ausserordentlich, wenn vor allem die Haushalte mit kleinem Einkommen entlastet werden. Die Steuererhöhung ist nicht das Problem. Das Problem ist die Arroganz, mit welcher der Stadtrat die eigene politische Karriere über seine Verantwortung gegenüber den Angestellten und der Bevölkerung der Stadt Winterthur stellt. Teil des Winterthurer Sparprogramms «Balance» ist die Revision des Personalrechts. Im Moment wird das 1,5-Millionen-Franken-Abbauprojekt für die Gemeinderats-Debatte vorbereitet. Verkauft wird es den Angestellten mit

Umbau Winterthur

Das Gewerkschaftshaus an der Lagerhausstrasse 6 in Winterthur wird umgebaut und kann bis Ende März nicht benutzt werden. Wir bitten unsere Mitglieder in Winterthur um Verständnis, dass Einzelberatungen bis dahin vermehrt in unseren Büros in Zürich stattfinden werden.

Aus der Prügelstunde im Kantonsrat:

«Geschenkte Arbeitstage» und «vergoldete Beamte»

Zum Glück sind Angestellte des Kantons Zürich selten zu Gast im Kantonsrat. Denn was sie sich dort anhören müssten, ist unter jeder Gürtellinie.

Am Jahresende «schenkt» der Regierungsrat dem Personal des Kantons Zürich in der Regel zwei Arbeitstage, die nicht kompensiert werden müssen. Alle weiteren Arbeitsstunden zwischen Weihnachten und Neujahr müssen kompensiert werden. So mickrig diese Regelung ist, so war sie drei Kantonsräten doch genug für ein Postulat. André Bender (SVP), Jean-Philippe Pinto (CVP) und Hans Egli (EDU) verlangen die ersatzlose Streichung dieser «Brückentage» (KR 174/2017). Für einmal stellt sich der Regierungsrat hinter sein Personal. In seiner Antwort schreibt er: «Ein Teil der ausfallenden Tage ist von den kantonalen Angestellten vorzuholen oder als Ferien zu beziehen. Zudem stehen den unter 50-jährigen Kantonsangestellten noch immer nur vier Wochen Ferien zu, was auf dem Arbeitsmarkt zunehmend zum Handicap wird.» Unter dem Strich schenkt der Regierungsrat also nicht zwei Freitage, sondern er klaut deren drei.

Um den Spitzenplatz im Wettkampf als Beamtenhasser des Jahres stehen Bender und Co. mit Michael Zeuglin, Daniel Häuptli und Cyrill von Planta (alle Grünliberale glp). In ihrer Anfrage vom Mai 2017 (KR 139/2017) stellen sie die Abfindungen infrage, die Kantonsangestellte unter bestimmten Umständen bei unverschuldeter Kündigung gemäss Personalgesetz erhalten.



gbw: Der VPOD im Kampf gegen den Abbau beim Personal.

dem Argument, dass endlich die 5. Ferienwoche eingeführt werden soll. Diese 5. Ferienwoche müssten sich die städtischen Angestellten aber mit heftigen Abstrichen in vielen anderen Bereichen hart erkaufen. Und im Gemeinderat drohen noch weitere Einsparungen beim Personalrecht. Dem Vernehmen nach steht sogar die 5. Ferienwoche wieder auf der Kippe.

Ist dies dann vielleicht der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt? Inzwischen sind aus allen Departementen Notrufe der Angestellten zu hören. Bei der Polizei mussten notfallmässig rund 60000 Franken gesprochen werden, um den Betrieb trotz Ausfällen und Abgängen aufrecht zu erhalten. Im Bereich der Pflege ist es kaum mehr möglich, den Überblick zu behalten bei der Unmenge von Abgängen und Rochaden. Und wie angespannt die Situation bei Stadtbussen ist, zeigen die bedenklichen internen Vorfälle.

Ja, es ist Wahlkampf ... auf geht's. Georg Munz

Fürs Leben gezeichnet

Immer wieder werden Mitarbeitende im öffentlichen Dienst Opfer von Gewalt. Sei es durch einen Angriff auf die körperliche Integrität oder durch verbale Entgleisungen.

Besonders betroffen von solchen Angriffen sind Mitarbeitende von Polizei und Schutz und Rettung, aber auch im öffentlichen Verkehr ist die Problematik bekannt. Meist handelt es sich um Offizialdelikte, die verfolgt und geahndet werden müssen. Ein solches Beispiel ist der Angriff mit einem Laserpointer, der schwerwiegende Folgen für Opfer und Täter haben kann. Aber auch mit Ohrfeigen, Schlägen mit Gegenständen oder Faustschlägen müssen Kontrolleure, Fahrerinnen und Fahrer rechnen, sobald sie den Führerstand verlassen.

Das Bewusstsein der Führungsverantwortlichen, auf solch ausserordentliche Ereignisse individuell zu reagieren, ist besonders wichtig. Denn solche Erfahrungen können Langzeitauswirkungen auf die Betroffenen haben. Aufhören lässt ein Beispiel bei den Verkehrsbetrieben Zürich: Vor 15 Jahren wurde eine heute 53-jährige Fahrerin Opfer einer Messerattacke. Noch heute kann sie keine Abend- und Nachtdienste mehr leisten, weil sie unter Depressionen und Ängsten leidet. Nun soll sie ihr 80%-Arbeitspensum im angestammten Beruf aufgeben, weil es betrieblich nicht möglich sei, sie im ärztlich verordneten Zeitfenster von 5 bis 15 Uhr einzusetzen. Als 53-Jährige hat sie noch keinen Anspruch auf Leistungen der Pensionskasse infolge einer Berufsunfähigkeit. Diesen könnte sie erst ab Alter 55 geltend machen. Nun hat sie sich Unterstützung und Beratung beim VPOD eingeholt.

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD Zürich

VPOD-Lohnumfrage 2017

Taten statt Worte!

Ende August 2017 hat der VPOD bei den Angestellten des Kantons Zürich und seiner selbständigen, öffentlich-rechtlichen Betriebe eine Lohnumfrage lanciert, um die Temperatur und den Druck zu messen. In nur einem Monat haben mehr als 3200 Personen teilgenommen. Und ihre Aussagen sind eindeutig.

Die Umfrage erhebt keinen wissenschaftlichen Anspruch. Dazu fehlen dem VPOD die Mittel und Möglichkeiten. Aber sie ergibt ein klares Stimmungsbild. In den ersten Stunden trafen stündlich rund 100 ausgefüllte Fragebögen ein. Erfreulich ist, dass die Antworten aus allen Bereichen, Lohnklassen, Dienststellen usw. kamen. 57% der Teilnehmenden waren Frauen, 43% Männer, verteilt auf alle Direktionen des Kantons und seine selbständigen öffentlich-rechtlichen Betriebe. Auch bei Dienstalter und Anstellungsverhältnissen (Lohnklassen, Stellenprozente) sind alle Angestelltegruppen vertreten.

Keine Lohnentwicklung

Im Laufe ihrer Anstellung haben 32% der Teilnehmenden noch nie eine Lohnerhöhung erhalten. Ein Viertel (24%) kam in den Genuss einer einzigen Lohnerhöhung. Noch düsterer sieht das Bild aus, wenn man nur die Lohnerhöhungen berücksichtigt, die seit der Abschaffung des automatischen Stufenanstiegs per 1. Januar 2010 gegeben wurden. 40% der Teilnehmenden haben seit dann nie eine Lohnerhöhung erhalten und weitere 34% ein einziges Mal, 17% zweimal. Im Verlauf dieser acht Jahre haben also 90% der Teilnehmenden kaum eine Lohnentwicklung erfahren.

Eindeutig ist die Aussage, mit welcher Begründung eine Lohnerhöhung verweigert wurde: 76% geben an, als Grund sei ihnen gesagt worden, dass es kein Geld dafür gebe. Auch bei den Einmalzulagen sind die Aussagen eindeutig: Mehr als die Hälfte (55%) der Teilnehmenden gibt an, noch nie eine Einmalzulage erhalten zu haben. Und selbst die Einmalzulagen, die verteilt wurden, sind knausrig: 40% haben eine Einmalzulage unter 500 Franken erhalten.

Grosse Unzufriedenheit

Entsprechend unzufrieden sind die Angestellten denn auch. 28% der Teilnehmenden sind mit der Lohnentwicklung sehr unzufrieden, 29% sind unzufrieden, weitere 22% eher un-

zufrieden. Auf der Seite der mehr oder weniger Zufriedenen bleibt also weniger als ein Viertel – gegenüber drei Viertel Unzufriedenen.

Klare Prioritäten

Auch die Frage, was den Teilnehmenden wie wichtig ist, ergab ein klares Bild: An erster Stelle steht die Forderung, einen fairen Lohn zu erhalten für die geleistete Arbeit (Lohnfairness). Auf den nächsten Plätzen folgen Forderungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Sozialversicherung (Pensionskasse) und die Forderung nach mehr Ferien. Spannend ist hier auch die detaillierte Aufschlüsselung der Antworten nach Geschlecht, Lohnklasse und Anstellungsgrad (Stellenprozente).*

Der VPOD bearbeitet diese Forderungen ständig und fordert im Hinblick auf die Budgetdebatte 2018 den Regierungsrat auf, endlich wieder einen Schritt nach vorne zu machen. Eine Untersuchung der Lohnentwicklung des kantonalen Personals hat aufgezeigt, wie weit die Löhne seit Jahren immer mehr hinter alle Vergleichszahlen (Kostenentwicklung, Löhne im Umfeld usw.) zurückfallen. Die Forderungen des VPOD sind klar (siehe vorne). Will der Kanton nicht nur von sich behaupten, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, sondern dies auch wirklich einlösen, dann braucht es Taten statt Worte!

Roland Brunner

* Eine ausführliche Analyse der Umfrage mit Grafiken ist zu finden unter zuerich.vpod.ch

trÖtzphase

let's trÖtz!

trÖtzphase ist eine fabe-gruppe (fachangestellte kinderbetreuung), die sich wehrt! gegen die prekären zustände im arbeitsalltag in den kitas und hortens, gegen tiefe löhne, chronische unterfinanzierung und sozialabbau. wir wollen gehört und gesellschaftlich sichtbar werden. wir solidarisieren & organisieren. wir diskutieren, bieten rechtsberatung und vernetzen. und wir trotzen mit einer party! wer sich solidarisch zeigen möchte, ist ebenso herzlich eingeladen. mit barbetrieb, handfood, info, beratung, diskussion, konzert und party!

freitag, 24. november 2017, provitreff zürich (sihlquai 240, 8005 zürich)
20.30: türöffnung
21.00: trotzphase-speech und musikalische einstim-mung mit niels van der waerden
22.30: konzert hangover-jam (hangoverjam.ch) anschiessend party
eintritt 5 franken/solikasse
mehr infos: trotzphase.ch/facebook trÖtzphase

SPAZ-Benefizkonzerte

«die vogelfreien» IN CONCERT

Freitag, 17. November 2017, 19.30 Uhr

Samstag, 18. November 2017, 19.30 Uhr

Johanneskirche, Limmatstrasse 114, Zürich

Der Chor «die vogelfreien» singt sein neues Programm «songs across the border». Die Lieder haben alle einen Bezug zu gesellschaftlich relevanten Themen. Wir geben Musikerinnen eine kraftvolle Stimme für die Umsetzung ihrer Lieder und singen wider das Vergessen, für Hoffnung und Freiheit.

Benefizkonzerte zugunsten der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich SPAZ.

www.dievogelfreien.ch



Feministisches Leseseminar für Frauen

Professionalisierung – oder Ökonomisierung?

10 Abende von Januar bis Juni 2018 mit Tove Soiland, Philosophin und Historikerin

Das Seminar richtet sich explizit auch an Frauen, die bisher wenig oder keine Erfahrung im Umgang mit theoretischen Texten haben, sich aber gerne mit politischen Fragen beschäftigen wollen.

Weitere Angaben unter zuerich.vpod.ch